

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/108

11. Juni 1975

25 Thesen zur Entwicklungs-Zusammenarbeit

---

Die Klausurtagung des Kabinetts bietet eine solide Grundlage

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Die Union vor abenteuerlichem Kurs

---

Flucht in die Außenpolitik ein gefährliches Ablenkungsmanöver

Seite 3 / 47 Zeilen

Schutz des Käufers vor Überrumpelung

---

Brauer Senat ergreift wichtige verbraucherpolitische Initiative

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB  
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Rückzug vom pauschalen Nein

---

CDU/CSU-Fraktion zu flexiblerer Haltung gegenüber Berufsbildungsreform gezwungen

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 80 37 - 38  
Telefax: 02 85 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

**25 Thesen zur Entwicklungs-Zusammenarbeit**  
-----

**Die Klausurtagung des Kabinetts bietet eine solide Grundlage**

**Von Dr. Uwe Holtz MdB**

**Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Das Kabinett hat in einer Klausurtagung in 25 Thesen die Grundlage für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der Dritten Welt in den nächsten Jahren festgelegt. Nicht allein der Rahmen, in dem dieser Problembereich besprochen wurde, ist zu begrüßen, sondern vor allem auch die Tatsache, daß man sich dabei nicht auf die Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinne beschränkt, sondern auch umfassendere damit im Zusammenhang stehende Aspekte erörtert hat.

So ist die Frage der Rohstoffsicherung deshalb mitbesprochen worden, weil die Länder der Dritten Welt darin eine politische Frage sehen, eine Frage des Gesamtverhältnisses zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, das jene über den Weg der Rohstoffversorgung der industrialisierten Welt verändern wollen. In diesem Sinne ist auch das zu verstehen, was die Bundesregierung gemeint hat, als sie vom Beitrag der Entwicklungspolitik zur langfristigen Friedenssicherung gesprochen hat. So wie in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern Europas eine gewaltsame Neuverteilung des Reichtums durch rechtzeitige wirtschaftliche und soziale Reformen verhindert wurde, so müssen heute die Industriestaaten rechtzeitig einem gerechten, d.h. größeren Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer zustimmen, wenn sie weltweites Chaos und Elend verhindern wollen.

Erfreulich ist auch, daß nun endlich der Zusammenhang zwischen präventiver Strukturpolitik im Innern und unseren Beziehungen zur Dritten Welt herausgestellt und daß die Entschlossenheit der Bundesregierung erklärt worden ist, dieses Problem nicht zu vernachlässigen. Mehr als alle

Entwicklungshilfe nützt den Entwicklungsländern die Öffnung unserer Märkte für Produkte, die bei uns ohne staatliche Hilfsmaßnahmen gar nicht mehr konkurrenzfähig produziert werden könnten. Es ist gefährlich, aus kurzfristigen Erwägungen heraus obsolete Wirtschaftszweige zu erhalten und auf die rechtzeitige Modernisierung unserer Volkswirtschaft zu verzichten. Die industrielle Umstrukturierung des Ruhrgebietes hat gezeigt, daß dies ohne unbillige soziale Härten durchaus möglich ist. Im Rahmen der EG haben wir hierbei einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Wir dürfen aber dabei nicht stehen bleiben; auch nicht an unseren Landesgrenzen: Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft wäre ein Feld, auf dem die Marktöffnung den - weitgehend agrarisch orientierten - Entwicklungsländern rasch zählbare Fortschritte einbrächte.

Bedenklicherweise fehlt bei den 25 Thesen der Bundesregierung ein klärendes Wort über die Öffentlichkeitsarbeit. Gerade in einer Zeit, wo die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr scheinbar unerschöpflichen Zuwachsraten entnommen werden können, wo der Verteilungskampf um den Weltreichtum, den Erhard Eppler schon vor Jahren vorausgesagt hat, zu entbrennen beginnt, müßte die Notwendigkeit, substantielle Mittel für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, jedem einzelnen klargemacht werden. Heute muß gewählt werden, ob unser Geld für die Entwicklungszusammenarbeit oder für andere, etwa sozialpolitische Maßnahmen ausgegeben wird. Die Prioritäten scheinen hier klar zu sein; jedem ist das Hemd näher als die Jacke. Daß es gefährlich ist, ohne Jacke in der Kälte herumzulaufen - das zu erklären wäre Aufgabe einer verstärkten, problembewußten, vorausschauenden Öffentlichkeitsarbeit.

Die 25 Thesen der Bundesregierung stellen die unentbehrliche Grundlage für eine planvolle Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern dar. Diese Zusammenarbeit mit der Dritten Welt muß von einer informierten verständnisvollen Bevölkerung mitgetragen werden. (-/11.6.1975/ks/pr)

+ + +

### Die Union vor ebenteuerlichem Kurs

---

#### Flucht in die Außenpolitik ein gefährliches Ablenkungsmanöver

Auch wenn sich die Spitzen von CDU und CSU notgedrungen über ein sogenanntes Sechsprogramm zusammengerauft haben werden, wird der Bürger vergeblich nach einem alternativen Konzept der Opposition zum Wirken der Regierungskoalition suchen. Eines zeichnet sich indessen schon in der Phase von "Strategie-" und "Positionspapier" recht deutlich ab: Die Außenpolitik würde bei den neuen Bonner Herren - wenn sie es denn wären - eine vorrangige Rolle spielen.

Beobachter, die es mit der CDU gewiß nicht böse meinen, sprechen von einem "klaren Bekenntnis" dieser Partei "zum Primat der Außenpolitik". Konkret beweise sie dies beispielsweise mit der Forderung, "daß künftig die Ausgaben für die Sicherheits- und Außenpolitik relativ stärker wachsen müßten als die für den sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich" (FAZ vom 10.6.1975). Da will sich die CSU ihrerseits nicht provinziell geben. Sie verlangt, eine Bundesregierung der Union müsse sich "mit vollem Nachdruck und ohne Einschränkung" gegen ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa in die Bresche werfen. Am Unionswesen soll der Kontinent genesen. Darartige Intentionen ergäben, würden aus ihnen Taten, eine hochexplosive Situation.

Die von der Union in Aussicht gestellte Verlagerung der Akzente auf die Außenpolitik bedeutet ein geradezu klassisches politisches Fluchtmanöver. Zum einen will man damit die in den eigenen Reihen schwelenden Krisenherde in Sachen Gesellschaftspolitik umgehen, innenpolitische Spannungen zwischen den "Schwesterparteien" möglichst neutralisieren, und zum anderen hofft man, damit die Wähler darüber hinwegtäuschen zu können, daß es einem nicht nur an der Potenz zur notwendigen Weiterentwicklung des demokratischen, freiheitlichen, sozialen Staates gebricht, sondern auch an der Qualifikation, durch umsichtiges Reformieren den bestehenden Standard zu halten; kurzum, man will vertuschen, daß man den drängenden Problemen im eigenen Lande nicht gewachsen ist. Das Wiederaufleben längst abgestorben geglaubter Antagonismen in der Bevölkerung mit unübersehbarer Bedrohung des inneren Friedens aber wäre zwangsläufig die Folge der sich notwendig ergebenden reaktionären Innenpolitik.

Die Reize, die, wie man weiß, von einer spektakulären Außenpolitik ja in der Tat zumindest eine Zeitlang ausgehen, müßten ständig ins Grobe gesteigert werden, um die lauter und lauter werdenden Unmutbekundungen im Innern zu übertönen. Zur Sicherung, zum Ausbau des Friedens in der Welt würde mit solcher Parforcejagd, wohin und gegen wen auch immer, freilich kaum beigetragen. Die Bundesrepublik triebe vielmehr unweigerlich in die Strudel unseliger Machtpolitik, womit sich der verhängnisvolle Zirkel schließe: soziale Zerreißproben im Inneren, ein Unruhefaktor erster Ordnung für die Außenwelt.

In einer derartigen Situation, die im Übrigen keine Premiere in unsere Historie wäre, würde außer Gutem so ziemlich alles möglich. Es ist ein desperater, ein gefährlicher Kurs, den zu verfolgen die Union sich anachickt. Die Prophezeiungen des CSU-"Positionspapiers", die 1976er Wahl werde "für lange Zeit das Schicksal Deutschlands und weitgehend Europas bestimmen", erhält angesichts solcher Ausblicke durchaus ihre Bedeutung.

Claus Preller  
(-/11.6.1975/bgy/pr)

### Schutz des Käufers vor Überrumpelung

Bremer Senat ergreift wichtige verbraucherpolitische Initiative

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Jeder Abgeordnete jeder Partei erhält bisweilen Briefe von empörten Bürgern seines Wahlkreises. Befaßt man sich ein wenig mit den Rechten des Menschen als Verbraucher, so stellt man rasch fest, daß besonders viele dieser Beschwerden Klagen darüber enthalten, daß clevere Verkaufsvertreter dem Bürger in dessen Wohnung "auf die Bude rückten" und ihn mit lockenden Versprechungen ("Gelegenheitskauf") oder durch mitleiderregende Beeinflussungen (der Student, der durch Zeitungverkauf sein Studium verdient, der Rentner mit der kleinen Rente, der Repräsentant einer Hilfsorganisation für Behinderte) eine Ware förmlich aufnötigten.

Vorfälle dieser Art passieren täglich und nicht nur an der Wohnungstür. Solche Überrumpelungs- und Täuschungsversuche werden von unseriösen Vertretern vielmehr auch am Arbeitsplatz eines auserwählten Opfers inszeniert (dann meist kurz vor Feierabend). Und auch auf der Straße und auf verkehrsreichen Plätzen sprechen Werbekolonnen Kunden an: Sie schwatzen den Passanten häufig mit mehr als unseriösen Lock- und Täuschungsmitteln Unterschriften ab.

Der Passant, der meinte, mit seiner Unterschrift den Empfang eines Werbebesenkes, die Teilnahme an einer Meinungsumfrage oder schlicht einen Tätigkeitsnachweis für den Vertreter zu quittieren, muß nach einiger Zeit feststellen, daß er in Wirklichkeit ein Elektrogerät, ein Wäschepaket bestellt oder die Mitgliedschaft in einem Buchklub oder einer sonstigen Vertriebsorganisation erworben hat. Die Erfahrungen von

11. Juni 1975

Anwälten, Polizei und Gerichten zeigt, daß immer noch viel zu viele Kunden auf derartige Überrumpelungsversuche hereinfallen. Und sie zeigt, daß heute auch den Opfern kaum geholfen werden kann, die sich mit diesen Praktiken nicht abfinden, sondern sich wehren wollen.

Abhilfe kann nämlich immer nur dort geschaffen werden, wo ein eindeutiger Betrug oder Betrugsversuch vorliegt und vor allem, wenn das Opfer dies auch beweisen kann. Meist scheitert daran alles, denn es gehört zu dem geplanten Verhalten dieser Sorte "geschäftstüchtiger" Vertreter, daß solche Geschäfte in Anwesenheit erwachsener Zeugen eben nicht getätigt werden. Es ist bekannt, daß die sozialliberale Koalition gerade unter diesem Gesichtspunkt den Schutz des Verbrauchers vor Überrumpelung bei solchen Geschäften verbessert hat, bei denen Zahlungsbedingungen den Kaufentschluß des Kunden wesentlich beeinflußt haben. Abzahlungsgeschäfte jeder Art und Umgehungsgeschäfte können seit dem 1. Oktober 1974 innerhalb einer Überlegungsfrist von einer Woche nach Unterzeichnung des Vertrages vom Kunden ohne Angabe von Gründen widerrufen werden.

Die neue Gesetzesinitiative des Senats der Freien Hansestadt Bremen erweitert nun diesen Schutz auf alle Überrumpelungssituationen und Fallen, die von cleveren Vertretern gerade außerhalb der üblichen Verkaufslokalitäten aufgebaut werden: Sie greift den Gedanken der Widerrufsmöglichkeit innerhalb einer Woche aus dem geänderten Abzahlungsgesetz auf und macht ihn für solche, als "Haustürgeschäfte" bezeichneten Vertragsabschlüsse nutzbar, wobei natürlich die seriösen Kleinnetzgeschäfte des täglichen Lebens (Kauf einer Eisbüte am Stand, Lieferung von Brötchen am Morgen...) ausgenommen sind. Der Senat wird diesen Gesetzentwurf dem Bundesrat in aller nächster Zeit zur Beschlußfassung und Weiterleitung vorlegen.

Zusammen mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Kabinettsentwurf zur gesetzlichen Regelung des Kleingedruckten wird damit ein weiterer großer Schritt auf dem Weg zum besseren Schutz des Verbrauchers getan.

(-/11.6.1975/bgy/pr)

+ + +

Rückzug vom pauschalen Nein

CDU/CSU-Fraktion zu flexiblerer Haltung gegenüber  
Berufsbildungsreform gezwungen

Die Auseinandersetzung zwischen dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Helmut Rohde und den CDU/CSU-regierten Ländern im Bundesrat beim ersten Durchgang des Regierungsentwurfes für ein neues Berufsbildungsgesetz hat die Debatte um die berufliche Bildung entscheidend verändert. Das pauschale Nein der CDU/CSU-regierten Länder zu dem Gesetzentwurf kann von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag nicht gehalten werden. Die Oppositionsparteien im Bundestag können es nicht mehr wagen, den Inhalt des Bundesratsantrages der CDU/CSU-regierten Länder, der von politischer Einseitigkeit und Widersprüchen strotzt, für die zukünftigen Diskussionen im Bundestag zu verwenden. Deswegen hat nun die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Antrag zur beruflichen Bildung im Bundestag eingebracht. Somit bleibt die Stellungnahme der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat, auch als Vogel-Papier bekannt, nur eine Episode in der Debatte um die berufliche Bildung.

Heute, vor allem nach dem Fraktionsantrag der Oppositionsparteien im Bundestag, zeigt sich ganz deutlich die meinungsbildende Kraft des Regierungsentwurfes:

1/ Die Auffassung von Bundesminister Helmut Rohde, daß auf der Bundesebene eine zentrale Institution für die Abstimmung der Ausbildungsinhalte von Betrieb und Schule notwendig ist, kann nicht mehr bestritten werden. Damit das duale Ausbildungssystem gefestigt und erweitert werden kann, müssen Bund und Länder und die anderen an der beruflichen Bildung Beteiligten in einer Institution auf Bundesebene zusammenarbeiten.

2/ Es setzt sich der Gedanke durch, daß das Prinzip öffentliche Verantwortung und Mitverantwortung der Beteiligten miteinander zu verbinden, entscheidend für die weitere Entwicklung der beruflichen Bildung ist.

3/ Es ist deutlich geworden, daß die Berufsbildungsausschüsse der zuständigen Stellen in den Regionen mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungs-

rechte erhalten müssen. Während die CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat diese Forderung zurückgewiesen haben, ist die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag von diesem pauschalen Nein abgerückt.

4/ Gezielte Erkenntnis ist wohl jetzt auch, daß die Ausbildungsinhalte verbessert werden können, in dem die berufliche Bildung in eine breite Grundausbildung und eine darauf aufbauende Fachausbildung gegliedert wird. Es wird immer deutlicher, daß mit einer Schmalspurausbildung keine Gleichwertigkeit für die arbeitende Jugend erreicht werden kann.

5/ Im Bundesrat ist von den CDU/CSU-regierten Ländern in polemischer Weise die Entwicklung der Weiterbildung kritisiert worden. Nun zeigen aber die Auffassung aller Seiten im Deutschen Bundestag, daß der im Regierungsentwurf vorgesehene Ausbau der Weiterbildung eine wichtige Aufgabe der Reform der beruflichen Bildung ist.

Während in den letzten Monaten die CDU/CSU ein Trommelfeuer von Verdächtigungen gegen die überbetriebliche Finanzierung zur Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes losgelassen hat, wird nunmehr im Fraktionsantrag der CDU/CSU zumindest verbal die Frontlinie zurückgezogen. Die pauschalen Anwürfe gegen Bildungsminister Helmut Rohde, nur weil er überhaupt eine Finanzierung zur Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes gefordert und auch im Regierungsentwurf durchgesetzt hat, können nicht mehr aufrecht erhalten werden. Allerdings konnte man sich in der CDU/CSU-Fraktion noch nicht auf eine konkrete Regelung zur Finanzierung einigen. Beobachtern ist nicht verborgen geblieben, daß es noch tiefe Unterschiede im Lager der Unions-Parteien gibt. Sie sind zwar in ihren Angriffen zurückhaltender geworden, aber die Spannungen zwischen CDU und CSU gerade in der Finanzierungsfrage macht die Opposition politisch nach wie vor handlungsunfähig.

Ohne den Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz und ohne die Beharrlichkeit von Bildungsminister Helmut Rohde wäre dieser Grad der Willensbildung in der Berufsbildungsdebatte nicht erreicht worden. Wäre die sozial-liberale Koalition nicht aktiv geworden, denn wäre auf diesem für die Jugendlichen wichtigen Gebiet die Diskussion in dem unfruchtbaren Nein und in der Konfusion der Ansichten stecken geblieben. Für diesen negativen Stand der Debatte war das Vogel-Papier des Bundesrates typisch.

Siegfried Peters

(-/11.6.1975/ka/pr)